

DIESE GRÜNEN!

Am Ziel vorbei geplant?!

■ Der neue Flächennutzungsplan ersetzt 37 Jahre alten Vorgänger

Nun ist es (endlich) so weit: im März wird in den zuständigen Ausschüssen und abschließend im Rat über den neuen Flächennutzungsplan (FNP) entschieden.

Unstrittig ist, dass ein neuer FNP dringend verabschiedet werden muss, denn der alte, noch gültige aus dem Jahr 1967 bietet längst keine ordentliche Planungsgrundlage mehr. Also: was lange währt, wird endlich gut? – Schön wär's! Dem stehen jedoch einige schwerwiegende Kritikpunkte gegenüber.

Kritik am Verfahren

Zum einen kann man Kritik am Verfahren üben: Was von der Verwaltung in jahrelanger Arbeit vorbereitet wurde, darüber soll nun von der Politik innerhalb weniger Wochen entschieden werden. Bei einer Drucksache, die über 1000 Seiten umfasst, praktisch unmöglich – jedenfalls dann, wenn man sich gründlich mit den Plänen befassen und diese nicht nur "abnicken" möchte! Doch damit nicht genug: Parallel zum FNP wurden die Beschlussvorlagen zu den Landschaftsplänen Nord und West eingebracht, die bereits in der Januar-Sitzung von Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschlossen werden sollten. Auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde diese Beschlussfassung immerhin um eine Runde vertagt. Über die von den GRÜNEN kurzfristig gestellten umfangreichen Änderungsanträge soll nun in den jeweiligen März-Sitzungen entschieden werden.

Kritik am FNP

Wesentlich bedeutsamer als Verfahrensfragen sind jedoch die inhaltlichen Kritikpunkte: Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind der Ansicht, dass im neuen FNP zu viele Flächen für eine künftige Bebauung ausgewiesen werden – vor allem wenn davon Flächen im Außenbereich betroffen sind. Die Zahlen, die von der Verwaltung als Planungsgrundlage herangezogen werden, sind zum einen viel zu hoch angesetzt, zum anderen werden bereits verfügbare Flächen in der Planung nicht berücksichtigt. Dieses Missverhältnis wird vor allem bei der Ausweisung von Gewerbeflächen deutlich: Insgesamt werden im vorliegenden FNP-Entwurf etwa 150 ha für eine zukünftige gewerbliche Nutzung dargestellt. Dabei handelt es sich teilweise um die Reaktivierung alter Gewerbebrachen, ein großer Teil sind allerdings Neuausweisungen von Freiflächen zum Teil im Außenbereich. Unberücksichtigt bleiben hingegen ver-

Fortsetzung Seite 2

GRÜNE mit Nachwuchs in der Schwimmoper (v. l. n. r.: Harald Bayer, Malte, Lorenz Bahr, Klaus Lüdemann, Diren)

Bekanntnis zur Schwimmoper

■ Sanierung auf Raten: „Schwimmopa“ kann weiter baden

Letztlich ist es der Beharrlichkeit des Wuppertaler „Schwimmopas“, Heinz Hoffmann, und der ihm zur Seite stehenden fast zwanzigtausend BürgerInnen zu verdanken, dass die Wuppertaler Schwimmoper in den kommenden Jahren saniert und damit als Schwimmbad am Johannisberg erhalten bleibt.

Eine insgesamt gute Entscheidung nach Jahren der Hängepartie für ein Gebäude, das markanter und Stadtbild prägender kaum sein kann. Und die Hängepartie hat der Schwimmoper geschadet, kein Zweifel. Aber ehrlich gesagt: Bündnis 90/DIE

GRÜNEN haben dem Grundsatzbeschluss nur in Ermangelung einer Alternative – noch nicht einmal einer besseren Alternative – und mit Bauchschmerzen zustimmen können, denn wir wissen, dass wir in den kommenden Jahren mit dem Sanierungsbeschluss in die Schwimmoper fast vollständig die so genannte Sportpauerschale binden und für andere Projekte unzugänglich machen; denn wir wissen, dass wir damit das Sanierungsprogramm der Heizungsanlagen in Kindergärten und Schulen über Jahre hinaus strecken und die dafür vorgesehenen Mittel anderweitig verwenden; denn wir wissen, dass wir mit dem Einsatz von über 10 Mio. Euro ein Schwimmbad als Bad erhalten, das trotz des erheblichen Mitteleinsatzes nach heutigen Standards immer noch kein attraktives und wirt-

schaftliches Bad wird; und wir wissen, dass wir mit dem Sanierungsbeschluss für den Erhalt der Schwimmoper zwangsläufig gegen den Erhalt des Kurbades in städtischer Hand gestimmt haben. Und trotzdem ist der Sanierungsbeschluss ein guter Beschluss, denn er beendet eine Jahre währende Debatte eindeutig. Und diese Eindeutigkeit, die Heinz Hoffmann seit Jahren von der Politik verlangt, hat diese nun geliefert. Auch GRÜNE mussten dabei teilweise zum Jagen getragen werden. Aber Schwimmen sind wir immer gerne in der Schwimmoper gegangen. Und dieses werden wir auch weiterhin tun! Herzlichen Glückwunsch Wuppertaler Schwimmopa, Heinz Hoffmann, zum Neunzigsten!

AUS DEM INHALT

Stadt braucht mehr Kredite S. 2

Projekt gegen Angsträume S. 3

ADA - Raum für Kultur S. 3

Offene Ganztagsgrundschule S. 3

Guten Tag!

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Superwahljahr 2004 ist angebrochen, in Wuppertal werden zwei Wahlen durchgeführt: die Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni und die Kommunalwahl am 26. September.

Wir befinden uns schon jetzt im Vorwahlkampf und halten es für wichtiger denn je, dass die GRÜNE Fraktion Sie in gewohnter Weise auch in dieser Ausgabe unserer Zeitung über die wichtigsten Themen in unserer Stadt und über das bündnisgrüne Engagement auf kommunaler parlamentarischer Ebene informiert.

Die kommunalen Haushaltsberatungen werden mit der Ratssitzung Ende März ihren Abschluss finden, der Flächennutzungsplan und die Landschaftsschutzpläne West und Nord werden dann ebenfalls verabschiedet, die Schwimmoper wird weiterhin als Bad genutzt; zu diesen und weiteren Themen können Sie in dieser Ausgabe unsere Position nachlesen.

Bleiben Sie uns gewogen, Ihr Redaktionsteam

KURZ & klein

Chancen für den Deweerthschen Garten

Durch den Bau der Tiefgarage unter dem Deweerthschen Garten gibt es die Chance zur Verschönerung dieser alten Parkanlage. Der Investor verpflichtet sich zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. Wenn alles klappt, werden im Sommer auch die Stehlen wieder Wasser speien. Unzufrieden sind die Anwohnerinnen und Anwohner jedoch mit der Gestaltung des Umfeldes. Wolf Birke von der IG Luisenstraße möchte den Übergang vom Park zur Treppe (Richtung Ottenbrucher Straße) verbreitern. Die Luisenstraße würde an dieser Stelle geteilt. Es gäbe wieder eine Ein- und Ausfahrt zur Briller Strasse, aber ohne Durchfahrtsmöglichkeit.

Etwas Ähnliches hat die Bezirksvertretung Elberfeld bereits 2001 beschlossen. Aus Geldmangel wurde es nicht umgesetzt. Ein noch weitergehendes Konzept, vorgestellt von Prof. Meffert bei einer Bürgerversammlung in der Herderschule, sieht eine Hangaufschüttung gegenüber der ehemaligen Musikschule, eine Freilichtbühne, Wasserspiele und eine Wendeschleife in Höhe des Spielplatzes vor.

Wir begrüßen die Initiativen der AnwohnerInnen, sehen allerdings auch große Finanzierungsprobleme. Der Investor der Tiefgarage wird die Umgestaltung der Luisenstraße nicht bezahlen. Die Bezirksregierung wird jede freiwillige Ausgabe der Stadt untersagen. Es bleibt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Wir begrüßen es sehr, dass sich in diesen Tagen ein Förderverein für den Deweerthschen Garten gründet.

GRÜNE im Netz

Seit Mitte Januar ist die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit neuer Internetseite im Netz präsent.

Informationen über die Fraktion, die BezirksvertreterInnen, die sachkundigen BürgerInnen können ebenso angeklickt werden wie die neuesten Pressemitteilungen und Informationen rund um die Kommunalpolitik. Auch DIESE GRÜNEN können Sie online lesen.

Unter der Rubrik 'Foren' haben wir ein Gästebuch eingerichtet. Wir freuen uns über jeden Eintrag. Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Anregungen oder Kritik. Wenn Sie unsere Pressemitteilungen regelmäßig lesen wollen, kein Problem, einfach Ihre Wünsche unter 'Presse' ins Formular eintragen und schon halten wir Sie auf dem neuesten Stand. Also, einfach 'mal vorbeisurfen':

www.gruene-wuppertal.de

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Bettina Brücher, Petra Lückner, Klaus Lüdemann, Gabi Mahner, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Sebastian Sewerin

Gastbeitrag:
Inge Hanten,
Schulleiterin der Grundschule Marienstraße

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Heinz-Magazin Verlags GmbH,
Tannenbergstr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 15 750

Diese Ausgabe liegt u.a. aus: im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarmen; Cinetal, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; AStA, Berg, Universität; BUND, Völklinger Straße 3 a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Stadt braucht noch mehr Kredite

Der höchste Berg in Wuppertal ist der Schuldenberg

Die Rahmendaten für den neuen Doppelhaushalt könnten schlechter nicht sein, die Einnahmen der Stadt liegen weit unter den Ausgaben.

Selbst wenn geringe Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsplan-Entwurf 2004/2005 z.B. durch Kürzungen von Zuschüssen berücksichtigt werden, sind Fehlbeträge von rund 150 Mio. Euro in 2004 und rund 180 Mio. Euro in 2005 zu erwarten. Die aufgelaufenen Schulden in dreistelliger Millionenhöhe aus den vergangenen Jahren sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass die Stadt weitere Kassenkredite aufnehmen muss, um die laufenden Ausgaben überhaupt tätigen zu können.

Die Höhe der Kassenkredite - bei Privatpersonen werden sie Dispokredite genannt - wird weiter dramatisch steigen, so dass mit Kassenkrediten bis zu fast 1 Milliarde Euro (!) in den nächsten Jahren zu rechnen ist, sollte sich die Einnahmesituation der Kommunen nicht grundlegend ändern.

Retten ist jedoch nicht in Sicht, im Gegenteil: Sämtliche Fraktionen des Deutschen Bundestages, SPD, CDU, GRÜNE und FDP lassen nicht erkennen, dass sie bereit sind, den deutschen Großstädten aus ihrer Finanzkrise herauszuhelfen. Doch es kann noch schlimmer werden: Mit Einführung von Hartz IV und der damit verbundenen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab 2005 ist mit hohen Mehrbelastungen zu rechnen, die die Stadt Wuppertal nicht mehr auffangen kann. Nicht nur die kommunalen Spitzenverbände fordern, das Gesetz nachzubessern. In einer Resolution forderte die bündnisgrüne Ratsfraktion zusammen mit der CDU-Fraktion in der Februarsitzung des Rates die Bezirksregierung, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, die vom Bundeskanzler zugesagte Entlastung der Kommunen in Milliardenhöhe bei der Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) so auszugestalten, dass es nicht zu einer weiteren, nicht mehr verkraftbaren finanziellen Mehrbelastung der Städte und Gemeinden kommt.

Aus unerfindlichen Gründen beteiligten sich die SPD- und FDP-Fraktionen

nicht an der Resolution, stattdessen regten sie sich über die grünschwarze Allianz auf und schlossen sich auch nicht der Forderung nach Beteiligung Wuppertals an einer Verfassungsklage an. Unverständlich für uns, da doch in Sachen Gemeindefinanzierung alle an einem Strang ziehen sollten.

So steht nun in der Märzsitzung des Rates die Verabschiedung des Haushaltes 2004/2005 an, die schon im Kern eine Farce ist. Ohne detaillierte Beratungen sollen u.a. Zuschüsse im Jahr 2005 in Höhe von 750 000 Euro und im Jahr 2006 um 1,5 Mio. Euro gekürzt sowie die Hundesteuer erhöht und die Zweitwohnungssteuer eingeführt werden. Vor dem Hintergrund des immensen Schuldenberges eher der verzweifelte Versuch zu sparen, was nur geht,

ohne dass dies die Finanzsituation in entscheidender Weise verbessern würde. Die GRÜNEN sind nicht bereit, ohne haushaltsstellerscharfe Darstellung und Beratung Zuschusskürzungen hinzunehmen. Die Verwaltung soll darstellen, in welchen Bereichen die von ihr selbst vorgeschlagenen hohen Einsparsummen erreicht werden sollen. Wenn beides nicht bis zur Ratssitzung im März zu klären bzw. darzustellen ist, wird die GRÜNE Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen. Übrigens wird der städtische Haushalt von der Bezirksregierung nicht genehmigt werden. In Zukunft bedeutet das für Wuppertal, Investitionen und neue Leistungen in der Stadt auf Eis zu legen. Allein die Planungen zum Umbau des Döppersbergs und die Projekte der Regiona-

le 2006 werden umgesetzt, weil die Stadt hier auf die Finanzierung des Landes zugreifen kann. Dies wurde jedoch nur dadurch möglich, dass die Stadt eingewilligt hat, Teile der WSW AG zu verkaufen, um mit dem Erlös zum einen die Eigenmittel für den Umbau des Elberfelder Verkehrsknotenpunktes beizusteuern, zum anderen den Rest in die Haushaltskonsolidierung zu stecken.

Die zunehmende Kritik am Umbau Döppersbergs läuft ins Leere: Die Gelder für den Umbau Döppersbergs würden bei einem Verzicht auf den Umbau beim Land bleiben und der städtische Anteil müsste zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden. Für Zuschüsse im sozialen Bereich ständen die Finanzmittel keinesfalls zur Verfügung.

Auch CDU und SPD werden Farbe bekennen müssen, wie sie ihren Gewerbesteuerpark "Kleine Höhe" mit Entwicklungskosten von 14 Mio. Euro finanzieren wollen, bzw. werden erklären müssen, wo die Einsparungen dafür herkommen sollen. Die GRÜNE Ratsfraktion wird gerade bei diesem Punkt genau hinschauen, gibt es doch mit der Entwicklung der GOH-Kaserne auf Lichtscheid eine Alternative, die von uns mitgetragen wird. Auch die FDP sollte zukünftig auf populistische Forderungen verzichten. Seriös Politik zu gestalten heißt, Finanzierungsvorschläge vorzulegen, wenn sie z.B. Proberäume im Tunnel Alter Markt fordert, aber nicht erklärt, woher sie die Kosten in Höhe von mehreren hunderttausend Euro nehmen will. Ein anderer Aspekt der Haushaltskonsolidierung ist die regionale Zusammenarbeit mit Remscheid und Solingen. Neben der bereits beschlossenen Einrichtung einer gemeinsamen Leitstelle der Wuppertaler und Solinger Feuerwehr gibt es noch andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Ein gemeinsames Beschaffungswesen der drei Stadtverwaltungen oder die Zusammenarbeit im IT-Bereich werden im Auftrag des Rates geprüft.

Zu dieser Vernetzung und engen Zusammenarbeit der drei Städte der Region Bergisches Land, in Verbindung mit einer besseren Darstellung in einem gemeinsamen Europa, gibt es keine Alternative, wenn wir die Grundstrukturen einer sozialen Stadt Wuppertal für die nächsten Generationen erhalten wollen.

Trotz knapper Kasse: Der Umbau des Döppersbergs ist gesichert! (Foto: Stadt Wpt.)

Am Ziel vorbei geplant!?

Fortsetzung von Seite 1

schiedene Gewerbebrachen im Innenbereich wie das Postverteilzentrum am Westring, das Gelände des Media-Parks oder die Generaloberst-Hoepner-Kaserne, für die bereits ein konkreter Rahmenplan vorgestellt wurde.

Die Kleine Höhe

Statt dessen wird weiter an der Darstellung der Kleinen Höhe als hochwertiger "Gewerbepark" festgehalten, obwohl durch diese Bebauung im Freiraum ein wertvoller Biotopverbund zerstört würde. Seit Jahrzehnten wird dieses umstrittene Projekt immer wieder diskutiert. Bündnis 90/Die GRÜNEN lehnen es ebenso wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus ökologischen Gründen ab. Eine Realisierung ist offenbar bisher an den immensen Erschließungskosten und mangelnden Investoren gescheitert. So kann man inzwischen den Eindruck gewinnen, dass die Verwaltung die Gewerbefläche Kleine Höhe nur noch aus Prinzip weiter verfolgt.

Überdimensionierte Wohnbauflächen

Ähnlich überzogen ist die Ausweisung von Wohnbauflächen. Sie basiert auf dem Bestreben, mit Hilfe eines breiten Angebotes von Einfamilienhäusern für junge Familien den Bevölkerungsrück-

gang in Wuppertal zu stoppen. Offenbar sieht die Verwaltung hierin die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung aufzuhalten. Tatsache ist jedoch, dass der Bevölkerungsrückgang nur zu einem Teil mit dem Wegzug junger Familien ins Umland zu begründen ist. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Bevölkerungsentwicklung: In Wuppertal werden in den nächsten 10 - 15 Jahren mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden. Der auf dieser Grundlage zu erwartende Bevölkerungsschwund lässt sich durch politische Entscheidungen wohl kaum aufhalten. Statt dessen sollte er als realistische Prognose in die Planungen mit eingehen. Vor diesem Hintergrund ist die Planung von mehr als 3000 Einfamilienhäusern bei einem Flächenverbrauch von über 60 ha in den nächsten 10 - 15 Jahren nicht zu vertreten.

Gutachten unterstützt GRÜNE Position

Zu diesem Ergebnis kommt auch das Pestel-Gutachten, das einen Bedarf von etwa 900 Einfamilienhäusern für die nächsten 10 Jahre prognostiziert. Begründet wird diese Prognose in erster Linie mit einer Verschiebung der Altersstruktur. Die geburtenstarken Jahrgänge haben die Lebensphase der Familiengründung, die häufig mit

Hausbau oder -kauf einhergeht, größtenteils bald überschritten. Die nachfolgende Generation, die dann in diese Lebensphase eintritt, gehört allerdings den eher geburtenstarken Jahrgängen an. Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren Häuser frei werden, da ihre Besitzer versterben oder aus Altersgründen ihr Haus verkaufen möchten. Dieses frei werdende Potenzial muss in die Bedarfsberechnungen mit einfließen! Damit könnte auf die Bebauung zahlreicher, vor allem ökologisch wertvoller Flächen verzichtet werden. Damit ist ein weiterer Kritikpunkt angesprochen:

Verwaltung ignoriert ökologische Bedenken

Die von Bürgern und Verbänden vorgebrachten ökologischen Bedenken wurden in den Stellungnahmen der Verwaltung fast vollständig abgelehnt. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, als habe Bürger- und Verbändebeiträge für die Verwaltung nur eine Alibifunktion. Wenn wie bei der geplanten Wohnbebauung "Zum Lohbusch" 1600 Bürger/innen ihre Bedenken gegen ein einzelnes Vorhaben äußern und diese Bedenken abgewiesen werden, dann wird unsere Stadt gegen den Willen der Bevölkerung gestaltet. Eine traurige Erkenntnis, da sich die Stadt eine intensi-

ve Bürgerbeteiligung auf die Fahnen geschrieben hat. Ebenso traurig wie die Erkenntnis, dass Ökologie offenbar bei Abwägungen immer noch an letzter Stelle steht! Dabei fordern Umweltgesetze auf Bundes- und Landesebene den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den sparsamen Umgang mit Ressourcen. Auch der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung hat in einem Gutachten von Juni 2002 ein Ende der Neuversiegelung un bebauter Fläche gefordert.

Ausblick

Auf städtischer Ebene haben Politik und Verwaltung mit dem Handlungsprogramm Zukunftsfähiges Wuppertal vor einigen Jahren den Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung gelegt. Die darin formulierten Ziele sind auch aus ökologischer Sicht durchaus mit "gut" zu bewerten - ihre Umsetzung allerdings: mangelhaft!

Mit dem FNP wird die Planungsgrundlage für die nächsten 15 - 20 Jahre gelegt. Dessen sollten sich alle Beteiligten bewusst sein und die Vorlage gründlich prüfen. Die Kriterien der Nachhaltigkeit sollten dabei besondere Beachtung finden, denn es geht um eine Weichenstellung für Wuppertals Zukunft. Hoffentlich in die richtige Richtung!

„Unheimlich & Co“

■ Projekt gegen Angsträume

Mädchen und junge Frauen suchen nach Verbesserungen und Ideen, damit sie sich in Wuppertal und besonders in Bussen und Bahnen sicherer fühlen und angstfrei bewegen können.

„Sicher unterwegs“ ist eine Weiterführung des Projektes „Unheimlich & Co - Angsträume in Wuppertal“, das die Sicherheit im öffentlichen Raum und im öffentlichen Nahverkehr verbessern und zugleich die Bewegungsfreiheit und Mobilität von Mädchen erhöhen will.

110 Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren aus unterschiedlichen Einrichtungen haben seit Januar 2003 Angsträume mittels Fotografie und Interviews in ihren Stadtteilen untersucht. Sie dokumentierten sie, entwickelten Handlungsstrategien und Vorschläge zur Verbesserung, präsentierten sie vier Bezirksvertretungen mit der Aufforderung, diese Angsträume zu beseitigen. Sie setzten wiederholt ein Projekt um, das ursprünglich von Bündnis 90/

DIE GRÜNEN auf städtischer Ebene für Frauen initiiert wurde: es hieß Angstraumkonzept und sollte aufweisen, welche Orte in der Stadt von Frauen gemieden werden.

Dunkle Straßen, verwinkelte Treppen, spärlich beleuchtete Bahnhöfe, Bushaltestellen und Unterführungen machen Angst und erzeugen Unsicherheit – besonders bei Mädchen. Hinzu kommt noch die Meidung des öffentlichen Personennahverkehrs aus Angst vor Übergriffen zu bestimmten Tageszeiten.

Das vom Arbeitskreis Mädchenarbeit initiierte Projekt hatte diesmal Unterstützung von den Wuppertaler Stadtwerken, dem Wuppertal Institut und dem Büro für Nahverkehr in Frankfurt, die einen Extra- Fragebogen für Mädchen zum Thema „Sicherheit und Wohlbefinden bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“ entwickelt haben.

Zusammen mit den WSW befragten 40 Projektteilnehmerinnen im Alter von 12 bis 18 Jahren 50 gleichaltrige Mädchen. Dabei zeigte sich, dass 95 Prozent der Befragten sich in Bus und Schwebbahn sicher fühlen, nicht aber

in S-Bahnen und auf Bahnhöfen der Deutschen Bahn AG. Über 50 Prozent der Mädchen fühlen sich in Gegenwart von Sicherheitspersonal wohler. Sie erinnerten sich an Situationen ohne Sicherheitspersonal, in denen sie sich unsicher fühlten oder belästigt wurden. Die Ergebnisse der Angstraumuntersuchung und der Befragung waren u.a. im Februar 2004 in den Räumen der WSW, im Lichthof des Rathauses Barmen und der Rathaus- Galerie zu sehen. Große Fototafeln zeigten - nicht nur für Mädchen - unheimliche Orte oder Situationen.

Erste Erfolge des Projektes lassen sich bereits vorweisen:

Drei Bezirksvertretungen wurden mittlerweile aktiv, nachdem sie auf Angsträume aufmerksam gemacht wurden: Straßen und Wege in der Elberfelder Südstadt, in Langerfeld und am Rutenbecker Weg wurden besser beleuchtet. Eine zukünftige Aufgabe insbesondere der bündnisgrünen Bezirksvertreterinnen wird es sein, daran mitzuwirken, dass Mädchen und junge Frauen sich auch in der Dunkelheit ohne Angst bewegen können.

Ein Angstraum in Wuppertal: Die Unterführung am Loh (Foto: AK Mädchenarbeit)

ADA ist türkisch und heißt Insel

■ „Insel“ der interkulturellen Begegnung

Das Cafe ADA ist als Raum für Kunst und internationale Begegnung für Wuppertal unverzichtbar.

Seit über 13 Jahren bietet das ADA ein Präsentationsforum für viele nationale und internationale KünstlerInnen und hat sich mit seinem vielschichtigen Kunst- und Kulturprogramm als beliebter Veranstaltungsort etabliert.

Auch die BesucherInnen sind international. Der Trägerverein Mare e.V. bildet den organisatorischen Rahmen für die vielfältigen Aktivitäten.

Ziele des gemeinnützigen Vereins sind zum einen die Planung und Durchführung von Kulturereignissen und zum anderen, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Weltanschauung den Raum für Begegnung und Kommunikation zu geben.

Schwerpunkt der künstlerischen Arbeit ist der Tanz. Zeitgenössischer Tanz, Tanztheater und Tango werden in unterschiedlichster Form präsentiert.

Die erfolgreiche Arbeit von Mare e.V. und ADA hat zu stetig steigendem Publikumsinteresse und zahlreichen Anfragen von KünstlerInnen und Compagnien geführt.

Um diese Entwicklung nicht zu stoppen, ist dringend ein Ausbau der Räumlichkeiten notwendig.

Deshalb hat Mare e.V. einen Projektantrag mit dem Titel „Jumping Fish Akademie“ an das Land NRW gestellt, der erfreulicherweise vom Kulturministerium von Minister Michael Vesper (GRÜNE) bewilligt wurde. Damit steht eine dreijährige Förderung des Projektes als Anschubfinanzierung.

Auf dieser Grundlage starteten Verhandlungen mit der GWG, Besitzerin des Grundstücks. Nachdem von Bünd-

nis 90/DIE GRÜNEN Anfragen in der Bezirksvertretung Elberfeld und im Kulturausschuss zur Bedeutung des ADA für den Stadtteil und die Wuppertaler Kulturlandschaft insgesamt gestellt worden sind, kam die öffentliche Diskussion in Gang.

In einer beispielhaften Aktion ist es auf Initiative der Kulturdezernentin dann gelungen, sehr schnell einen Förderverein unter Beteiligung aller Fraktionen und anderen UnterstützerInnen des ADA zu gründen.

Die schon erwähnten Verhandlungen um das Grundstück, geführt von einer kulturell interessierten Investorengruppe mit der GWG, sind bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN kann es hier nur eine Entscheidung für das ADA-Projekt geben, weder Discounter noch Altenwohnungen wären an dieser Stelle die bessere Alternative.

ADA muss bleiben – und wird es wohl auch!

Offene Ganztagsgrundschule I

■ Makulatur auf Hochglanz verkauft

In einigen Kommunen ist es schon im Warenkorb, das vielgepriesene Angebot „Offene Ganztagschule“. Doch eigentlich haben will es so wirklich keiner.

Wir Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen hier in Wuppertal wollen diese preiswerte Ware in hochglanzpolierter Verpackung auch nicht. Wir wollen Qualität für die Erziehung und Bildung der Kinder – an welchem Ort auch immer. Politisch sind die Weichen aber leider mittlerweile ganz anders gestellt. Vorgesehen ist, dass es pro Schule eine Mindestgröße von 2 Gruppen gibt. Es sind also für das kommende Schuljahr 10 Schulen zu gewinnen, die bereit sind, sich schon 2004 auf ein Wagnis einzulassen. 2005 sollen dann weitere 40 Gruppen, 2006 weitere 30 Gruppen und 2007 die restlichen 30 Gruppen folgen. Bis 2007 werden dann zeitlich synchron dazu die Hortplätze abgebaut, um Kosten zu kompensieren. Hier nur wenige Fragen und Gedanken dazu:

• Wer leistet in Zukunft die Betreuung vor dem Unterricht, wenn die offene Ganztagschule nur von 11-16 Uhr stattfindet?

• Wie sieht die Organisation einer Zusammenarbeit aus bei Hausaufgaben, Fördermaßnahmen etc.?

• In den Grundlagen ist eine Beteiligung und Mitwirkung der Lehrkräfte vorgesehen. Wie soll das umgesetzt werden? Wollen wir, dass das umgesetzt wird?

• Wie können es Lehrerinnen und Lehrer noch schaffen, sich im Rahmen der offenen Ganztagschule an Arbeitskreisen und in Gremien zu engagieren? Übrigens: Es gibt bisher kein erkennbares und abgestimmtes kommunales Konzept zur Einführung der offenen Ganztagschule und dem Abbau der Horte. Die Horte, die nach und nach geschlossen werden sind zwar genannt worden, aber es hat keine Abstimmung stattgefunden, ob in deren räumlichen Nähe Schulen die Umwandlung in eine offene Ganztagschule überhaupt wollen. Nein, die Schulen sollten sich bewerben!

Und ein Rat zum Schluss: Lasst euch Zeit zur Entwicklung eines schuleigenen Konzeptes! Für den Inhalt der Møgelpackung, die das Land verkauft, werden wir an Schule sonst verantwortlich gemacht!

Gastbeitrag von Inge Hanten, Schulleiterin der Grundschule Marienstraße

Offene Ganztagsgrundschule II

■ Die Bedingungen müssen stimmen!

Die offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) gibt es in mehreren Kommunen und Kreisen des Landes NRW schon seit dem letzten Jahr.

Mit Förderung des Landes soll sie die Betreuungsmöglichkeiten für GrundschülerInnen qualitativ und quantitativ verbessern. Da Wuppertal im Jahr 2003 beim Start des Programms nicht dabei war, machen die Fördergelder des Landes zunächst einen weiten Bogen um Wuppertal.

Die offene Ganztagschule kommt also nicht überraschend, schon Anfang 2003 waren Schulausschuss und weitere Gremien mit ihr befasst.

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist insbesondere der Einstieg der Jugendhilfe in den Bereich der OGGS wichtig. Die Beteiligung von Sportvereinen, Musikschulen, Jugendring und anderen freien Trägern am Programm der OGGS kann und muss Schule verändern und die Qualität des Lern- und Lebensraumes Schule verbessern. Dass dieses funktioniert, konnte die bündnisgrüne Ratsfraktion vor wenigen Wochen bei einer Veranstaltung mit verschiedenen Schulen aus NRW im Landtag feststellen. In vielen dieser Schulen nehmen

die an der OGGS beteiligten Kooperationspartner an der Schulkonferenz und anderen Gremien der Schulen teil. Es findet eine gute Zusammenarbeit statt.

Die Entwicklung des Vorhabens OGGS in Wuppertal beobachtet die GRÜNE Fraktion mit sehr großer Sorge. Insbesondere die wichtige Zusammenarbeit zwischen der Schulverwaltung und dem Bereich Jugendhilfe findet kaum statt. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.03.04 sollte ein MitarbeiterIn der Schulverwaltung über den Verlauf der Planungen berichten, überraschenderweise gab es weder einen mündlichen noch einen schriftlichen Bericht. Nach einhelliger Meinung des Jugendhilfeausschusses kann so die vielgepriesene Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe „auf gleicher Augenhöhe“ nicht funktionieren. Fraglich ist, wie die Jugendhilfe im weiteren Verfahren ernsthaft beteiligt werden soll.

Letztlich verbleibt ein schaler Beigeschmack, da immer mehr offenbar wird, dass der „Sand im Getriebe der OGGS“ aus der Schulverwaltung stammt.

Paul Yves Ramette, Schulpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion

Fahrrad selber kaufen

ABO

geschenkt



Name _____

Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“ damit einverstanden, daß bei der Änderung meiner Anschrift die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift weitergeleitet wird.

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten: Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Ratschronik vom 15.12.2003

Anfrage zur Nutzung des Tunnels Alter Markt

Eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion zu den baulichen Kosten, die der Antrag der FDP auf Nutzung des Tunnels als Probenraum für Bands nach sich ziehen würde, wurde seitens der Verwaltung noch nicht beantwortet. Dies wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Anfrage zu Starenkästen

Anlässlich konkreter Zahlen aus Remscheid zu teilweise erheblich erhöhten Verkehrsunfällen nach Abbau von Starenkästen stellte die GRÜNE Fraktion erneut eine Anfrage an den Rat. Ob es Vergleichszahlen für Wuppertal gibt, wird jedoch erst in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Aktuelle halbe Stunde zu Verkäufen von GWG-Wohnungen

Per Dringlichkeitsanfrage und in einer aktuellen halben Stunde auf Antrag der GRÜNEN wurde im Rat auch von den anderen Fraktionen einhellig die Auffassung vertreten, dass der Vorstand der GWG inakzeptabel gehandelt hat. Bereits vor dem Verkauf von 87 Wohnungen an der Uellendahler Straße und Vogelsangstraße hatte der Investor versucht, die Wohnungen auszumessen und verunsicherte die MieterInnen,

indem in den Fluren plakatiert wurde, dass die Wohnungen verkauft werden. Von der GWG sind sie in keiner Weise im Vorfeld informiert worden. Der Aufsichtsrat, in dem nur die Fraktionen von CDU und SPD vertreten sind, hatte den Verkauf zwar beschlossen, sich aber anschließend entschuldigt für das unsensible Vorgehen. Die GRÜNEN wiesen darauf hin, dass der gleiche Investor bereits in Cronenberg Häuser erwarb und direkt danach wieder veräußerte. Auch hier hatte es Probleme im Umgang mit den MieterInnen gegeben. Als ZuschauerInnen waren viele GWG-MieterInnen im Ratssaal, die sehr interessiert die einzelnen Aussagen der PolitikerInnen verfolgten und zumindest ihrer Besorgnis laut Gehör verschafften.

Gemeinsame Resolution zu Kürzungen im Landesjugendplan

Alle vier Fraktionen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) brachten eine Resolution ein, die sich gegen die Kürzungen im Landesjugendplan und bei den Erziehungsberatungsstellen aussprach und appellierten an die Landesregierung, die Kürzungen nicht umzusetzen.

Antrag zu nachhaltig verringertem Flächenverbrauch

5 Monate nach Antragstellung war es

Die "Enthauptung" von Starenkästen führte zu heftigen Auseinandersetzungen

endlich soweit: Der Antrag der GRÜNEN auf regelmäßige Berichterstattung über den Gewerbeflächenmarkt sowie auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklung und Planung von Gewerbeflächen auf der Grundlage eines flächenschonenden und nachfrageorientierten Flächenmana-

gements wurde mit kleineren Änderungen endlich vom Rat beschlossen.

Offene Ganztagschule beschlossen

Mit der gestrigen Ratssitzung wurde beschlossen, dass bis zum Schuljahr

2007/08 25 Prozent aller GrundschülerInnen in einer offenen Ganztagschule untergebracht werden sollen. Damit wurde das Startsignal gegeben, die Grundlagen und Rahmenbedingungen sind erarbeitet und wurden im Rat mit den Stimmen der GRÜNEN beschlossen.

Schulentwicklung Ronsdorf

Der Rat beschloss, mit den Stimmen der GRÜNEN, die katholische Grundschule Holthäuser Straße mit der Gemeinschaftsgrundschule Engelbert-Wüster-Weg zusammen zu legen. Per Bestimmungsverfahren wird dann die Schulart festgelegt, damit die Eltern entscheiden, ob die Schule als katholische oder als Gemeinschaftsgrundschule geführt wird.

Restitution von Kunst aus ehemals jüdischem Besitz

Einstimmig beschloss der Rat, 3 Bilder aus dem Bestand des von der Heydt-Museums den Nachkommen der ehemaligen jüdischen Besitzer zurück zu geben. In der nächsten Kulturausschuss-Sitzung wird darüber diskutiert, ob eine unabhängige Provenienzforschung zu den Werken des Museums vergeben wird.

Grundschule Siegelberg

Außer der FDP stimmten alle Fraktionen dafür, die Grundschule am alten Standort neu zu bauen. Damit wurden nicht finanzpolitische Erwägungen, sondern die Interessen der SchülerInnen in das Zentrum der Entscheidung gerückt.

Ratschronik vom 16.2.2004

Anfrage zum Abbau von Starenkästen

Eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion zu den Auswirkungen auf die Unfallhäufigkeit nach Abbau der Starenkästen brachte zu Tage, dass bei einigen Standorten die Unfälle zunahm, bei anderen jedoch auch abnahmen. Die Zahlen lassen noch keine seriöse Bilanz zu, die Fraktion wird das Thema jedoch weiter verfolgen, zumal in Remscheid die Unfallhäufigkeit an einigen Standorten nach Abbau der Starenkästen rapide zunahm.

Verfüllung des Silbersees

Der Silbersee auf Korzert neben der Müllverbrennungsanlage weist nur noch zu einem Drittel Wasser auf, der Rest wurde mit Tunnelabraum aus den Arbeiten um den Tunnelbau der L 418 verfüllt. Die Genehmigung zur Verfüllung wurde jedoch nur unter der Voraussetzung der Erzielung einer ökologischen Verbesserung erteilt, die nach Ansicht der GRÜNEN nun gefährdet ist. Es ist zu wenig Platz für Flora und Fauna vorhanden und das Ufer ist zu steil für Tiere, um vom Ufer ins Wasser

und umgekehrt zu gelangen.

Auf Anfrage der GRÜNEN bestätigte die Verwaltung, dass über die Plangenehmigung hinaus Tunnelabraum in den See gekippt wurde. Durch versehentliches Planieren seitens der AWG wurde ein ökologisch notwendiger flacher Böschungsbereich zerstört, mittlerweile jedoch wieder hergestellt. Auch der Tunnelabraum wird von der AWG wieder aus dem Silbersee entnommen, so lautet die Einigung mit der Stadtverwaltung. Die GRÜNE Fraktion ist sehr erfreut, dass auf ihren politischen Druck hin der Silbersee nun wieder ökologischer wird.

Zukunft ohne Zivis

Wenn die Wehrpflicht abgeschafft wird, wird auch der Zivildienst abgeschafft. Um sich einen Überblick für die notwendigen städtischen Vorbereitungen zu verschaffen, fragte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN danach, wie viele Zivildienstleistende in städtischen Einrichtungen, städtischen Töchtern und auch darüber hinaus beschäftigt sind, in welchen Tätigkeitsfeldern sie eingesetzt werden. Ein Ergebnis ist, dass es noch keine konkreten Planungen für die Zeit nach den Zivis gibt, auch Gespräche mit den Freien Trägern wurden noch nicht geführt. Es gibt Überlegungen, die aktuell 57 Zivildienstleistenden durch mehr Stellen im freiwilligen ökologischen und sozialen Jahr auszugleichen.

Schließung von Hortgruppen

Im Rahmen der Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) in Wuppertal werden nach und nach Horte geschlossen, da die Ganztagsbetreuung der Kinder in den OGGS gewährleistet wird. Die GRÜNEN stimmten dem Vorschlag der Verwaltung, 8 Hortgruppen zu schließen nur unter der Bedingung zu, dass alle Kinder in der OGGS betreut werden.

Resolution zur flächensparenden Kompensation

Im Oktober letzten Jahres hat der Landschaftsbeirat bei der Bezirksregierung Düsseldorf eine hervorragende

de Resolution beschlossen, die bündnisgrünen Interessen sehr entgegenkommt: der Flächenverbrauch soll minimiert werden, flächenschonende Konzepte und die Kooperation mit Naturschutz und Forst- und Landwirtschaft sollte umgesetzt werden, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen gezielt und intelligent getätigt und die Pflege der Flächen gesichert werden etc.. Angesichts dieser Resolution stellte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Anfrage an die Verwaltung, die im Kern wissen wollte, wie die Stadt sich zu den einzelnen Forderungen der Resolution verhält. Die Antwort lautete sinngemäß, dass sie auch im Rahmen der Diskussion um den Flächennutzungsplan im Grundsatz berücksichtigt werden. Dass die GRÜNEN da entgegen gesetzter Auffassung sind, lässt sich auch in dem Artikel zum Neuen FNP in dieser Ausgabe der Zeitung nachlesen.

Projekt "Durchblick"

Mit der Studie „Durchblick“ haben die 3 bergischen Städte nun endlich und erstmalig eine hervorragende Datensammlung zur Arbeits- und Lebenssituation von Frauen vorgelegt. Damit wurde erstmals umfangreiches geschlechtsspezifisches Datenmaterial zur Situation von Frauen vorgelegt, kritisch gewürdigt und Änderungsvorschläge gemacht. Damit hat nicht nur die GRÜNE Fraktion, sondern auch Politik und Verwaltung generell genügend Material, um die Benachteiligung von Frauen auch auf dem Gebiet der Ausbildung und Erwerbstätigkeit im Bergischen gezielt zu verbessern.

Erhalt der Integrativen Waldorf-Kindertagesstätte gesichert

In gemeinsamer Anstrengung der BV Vohwinkel und des Rates konnte der Erhalt der Kita gesichert werden. Die Kosten für die notwendigen Brandschutzauflagen werden über ein Darlehen getragen.

Hartz IV – Zusammenlegung von Arbeitslosen- & Sozialhilfe

Die GRÜNE Fraktion wollte eigentlich

alle Fraktionen mit ins Boot bekommen, die SPD- und FDP-Fraktionen sahen jedoch zum aktuellen Zeitpunkt keinen Anlass, sich zum Thema zu äußern; dabei drängt die Zeit und der kommunale Haushalt wird bereits in der Ratssitzung im März verabschiedet.

So wurde ein Resolutionsantrag von CDU und GRÜNEN beschlossen, in dem die Bundesregierung und die Länder aufgefordert werden, die Ausgestaltung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe so vorzunehmen, dass keine Mehrkosten für die Kommunen anfallen.

Nach derzeitigem Stand kostet die „Reformgesetzgebung“ rund um Hartz die Stadt Wuppertal zusätzlich einen zweistelligen Millionenbetrag.

Falls der Städtetag der Ansicht ist, dass eine Verfassungsklage gegen diese Mehrkosten Aussicht auf Erfolg hat, wird sich die Stadt aktiv an dieser Klage beteiligen.

Nach Auffassung der GRÜNEN sollte die Kommune die Trägerschaft für die Leistungserbringung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe übernehmen, da 'Hilfen aus einer Hand' das einzig sinnvolle Modell in der gegebenen Situation sind. Die Ablehnung der anderen Fraktionen war vor allem dem kommunalen Vorwahlkampf geschuldet, in der Sache haben sie der Stadt Wuppertal damit einen Bärendienst erwiesen.

Schwimmoper bleibt Stadtbad

Nach 3 vergeblichen europaweiten Ausschreibungen und fehlgeschlagenen Verhandlungen mit einem Investor, der die Kombination Kletterhalle und Neubau eines Schwimmbades favorisierte, beschloss der Rat einstimmig, dass die Schwimmoper langfristig saniert und weiter als Bad benutzt werden soll. Siehe auch den Artikel hierzu in dieser Ausgabe.

Bürgerbeteiligung

Südstraßenring

Einstimmig beschloss der Rat den von den GRÜNEN eingebrachten Antrag, dass eine frühzeitige BürgerInnenbeteiligung zum Südstraßenring erfolgen soll. Sie wurde bereits am 08. März in der Stadthalle durchgeführt.